



Ein Jahr Lügen über Nord Stream

USA: Bei der Sprengung der Ostseepipelines ging es nicht um die Ukraine, sondern um die Furcht vor einem Verlust an Einfluss. Von Seymour Hersh

Stiller Mitwisser: Bundeskanzler Olaf Scholz zu Besuch bei US-Präsident Biden (Washington, 3.3.2023)

Ich weiß nicht viel über verdeckte CIA-Operationen – kein Außenstehender kann das –, aber ich weiß, dass ein entscheidendes Merkmal ihres Erfolgs ist, dass man sie komplett abstreiten kann. Mein im vergangenen Jahr veröffentlichter Beitrag über die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines hat zwar für Aufsehen gesorgt. Aber die großen Medien führten meinen Bezug auf eine einzige ungenannte Quelle als Vorwand an, um sich den Dementis der Regierung anzuschließen und die Vorstellung zu entkräften, dass US-Präsident Joseph Biden irgend etwas mit dem Anschlag zu tun gehabt haben könnte.

Ich muss gleich anmerken, dass ich Dutzende Preise für Artikel gewonnen habe, die sich auf keine einzige namentlich genannte Quelle stützten. Außerdem gab es im vergangenen Jahr eine Reihe widersprüchlicher Zeitungsberichte, die sich nicht auf Angaben aus erster Hand stützten und in denen behauptet wurde, dass eine ukrainische Dissidentengruppe den Anschlag von einer gemieteten Segelyacht namens »Andromeda« aus verübt habe.

Jetzt weiß ich allerdings, was ich nicht wusste als ich vergangenes Jahr den Artikel schrieb: den wahren Grund, warum die Regierung Biden die Nord-Stream-Pipelines zerstört hat. Es ging nicht um den Krieg in der Ukraine, sondern um anderes. Durch »Nord Stream 1« wurden seit 2011 riesige Mengen an günstigem Erdgas nach Deutschland gepumpt. Das hat dazu beigetragen, den Status des Landes als eines Industriegiganten zu festigen. Angesichts der riesigen Erdgas- und Erdölvorräte Russlands haben US-Präsidenten seit John F. Kennedy vor einer Nutzung dieser Ressourcen zum Zweck politischer Erpressung gewarnt.

Am 21. Juli 2021 hatte Biden noch gegenüber der Presse erklärt, dass »Nord Stream 2« zu 99 Prozent fertiggestellt sei und es »nicht möglich ist, irgend etwas zu tun, um sie zu stoppen«. Damals bezeichneten die Republikaner Bidens Entscheidung, das russische Gas fließen zu lassen, als »geopolitischen Sieg« des russischen Präsidenten Wladimir Putin und »eine Katastrophe« für die USA und ihre Verbündeten.

Es war für das CIA-Team, das mit den Planungen für die Sprengung betraut war, jedoch keine Überraschung, als Victoria Nuland, damals Staatssekretärin für politische Angelegenheiten, Putin am 27. Januar 2022 warnte, dass »Nord Stream 2 so oder so nicht vorankommen wird«, falls er in die Ukraine einmarschieren würde, was er offensichtlich vorhatte. Das fand viel Beachtung, nicht aber die Worte, die der Drohung vorausgingen: »Wir führen weiterhin sehr intensive und klare Gespräche mit unseren deutschen Verbündeten.«

Am 7. Februar 2022 signalisierte Biden auf einer Pressekonferenz mit dem in Washington zu Besuch weilenden deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz, dass er seine Meinung geändert habe. Er schloss sich Falken wie Nuland an und erklärte: »Wenn Russland einmarschiert, wird es Nord Stream 2 nicht mehr geben.« Auf die Frage, wie er dem Vorhaben ein Ende setzen könne, da die Pipeline doch unter deutscher Kontrolle stehe, antwortete er: »Wir werden es tun, das verspreche ich Ihnen, wir werden dazu in der Lage sein.«

Auf die gleiche Frage antwortete Scholz: »Wir handeln gemeinsam. Wir sind uns absolut einig, und wir werden keine unterschiedlichen Schritte unternehmen. Wir werden die gleichen Schritte tun, und sie werden für Russ-

land sehr, sehr hart sein.« Der deutsche Regierungschef galt damals – und so ist es bis heute – bei den Mitgliedern des zuständigen CIA-Teams als voll im Bilde über die geheimen Pläne zur Zerstörung der Pipelines.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die CIA-Planungsgruppe bereits die notwendigen Kontakte in Norwegen geknüpft, dessen Marine- und Spezialkräftekommandos seit langem verdeckte Operationen mit der Agency durchführten. Norwegische Matrosen und Patrouillenboote hatten schon Anfang der 1960er Jahre dabei geholfen, US-Agenten nach Nordvietnam einzuschleusen, als die USA dort einen nicht erklärten Krieg führten.

Was ich noch nicht wusste, als ich im vergangenen Jahr meinen Artikel schrieb, aber vor kurzem erfuhr, war, dass nach Bidens öffentlicher Drohung, Nord Stream 2 in die Luft zu jagen, wobei Scholz neben ihm stand, dem CIA-Team mitgeteilt wurde, dass es keinen sofortigen Angriff geben werde, sondern dass die Gruppe dafür sorgen solle, die erforderlichen Bomben zu platzieren und bereit zu sein, sie »bei Bedarf« auszulösen – nach Kriegsbeginn also.

Nach Bidens Befehl, die inzwischen an den Pipelines angebrachten Sprengsätze zu zünden, bedurfte es nur eines kurzen Fluges mit einem norwegischen Kampfflugzeug und des Abwurfs eines Sonargeräts an der richtigen Stelle in der Ostsee, um die Sprengsätze zu zünden. Dazu sagte meine Quelle: »Wir erkannten, dass die Zerstörung der beiden russischen Pipelines nichts mit dem Krieg in der Ukraine zu tun hatte.« Schließlich hätte Biden die Sprengung vorher anordnen und »Putin zu verstehen geben können: Wir haben dir gesagt, was wir tun werden.«

Statt dessen habe Washington geschwiegen und dementiert, da der Entschluss zur Sprengung Teil der Agenda der Neokonservativen war, Scholz und Deutschland angesichts des nahenden Winters davon abzuhalten, buchstäblich kalte Füße zu bekommen und Nord Stream 2 zu aktivieren. »Die Befürchtung des Weißen Hauses war, dass Putin Deutschland unter seine Fuchtel bekommen werde und dann Polen. Der Präsident hat also einen Schlag gegen die deutsche und die westeuropäische Wirtschaft geführt«, so die Quelle. Entsprechend hat Deutschland vergangenen Winter Milliarden Euro an Subventionen bereitgestellt, um erhöhte Gasrechnungen für Unternehmen und Haushalte auszugleichen.

Es war also die Biden-Regierung, die die Pipelines gesprengt hat. Aber die Aktion hatte wenig damit zu tun, den Krieg in der Ukraine zu gewinnen oder zu beenden. Sie resultierte aus der Befürchtung im Weißen Haus, dass Berlin wanken und das russische Gas wieder fließen lassen würde – und dass Deutschland und am Ende die NATO aus wirtschaftlichen Gründen unter die Herrschaft Russlands mit seinen umfangreichen und preiswerten natürlichen Ressourcen geraten würden. Die eigentliche Angst aber war, dass die USA ihre langjährige Vormachtstellung in Westeuropa verlieren würden.

■ Übersetzung aus dem Englischen: /W

■ Bei dem Artikel handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Beitrags, den der Investigativjournalist und Pulitzer-Preis-Träger Seymour Hersh am 26. September unter dem Titel »A Year of Lying About Nord Stream« auf der Plattform Substack veröffentlicht hat

Richterin weist Antrag Trumps zurück

Washington. Die im Verfahren gegen Donald Trump wegen Wahlverschwörung zuständige Richterin hat am Mittwoch einen Antrag des früheren US-Präsidenten zurückgewiesen, sich wegen Voreingenommenheit aus dem Fall zurückzuziehen. »Das Gericht hat nie die Haltung angenommen, die die Verteidigung ihm zuschreibt: dass der frühere Präsident Trump strafrechtlich verfolgt und inhaftiert werden sollte«, schrieb Tanya Chutkan in einer 20seitigen Stellungnahme. Trumps Anwälte argumentieren, sie habe bei einem Urteil gegen Beteiligte am Putschversuch vom 6. Januar 2021 Voreingenommenheit gezeigt. (AFP/IW)

NATO sieht Fortschritte in Ukraine

Kiew. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat am Donnerstag unangekündigt Kiew besucht. Dabei bescheinigte er den ukrainischen Truppen allmähliche Geländegewinne gegen Russland: »Ihre Truppen kommen voran. Unter schweren Kämpfen. Aber sie machen nach und nach Boden gut«, sagte er auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij am Donnerstag in Kiew. Am Vortag hatte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu davon gesprochen, dass die Ukraine »unausgebildete Soldaten in sinnlose Angriffe« werfe und sich auf dem »Weg in die Selbstzerstörung« befinde. (dpa/IW)

Schweiz: Exsoldat aus Belarus freigesprochen

Bern. In der Schweiz ist ein Exsoldat aus Belarus freigesprochen worden, der nach eigenen Angaben an der Entführung und Ermordung von Oppositionellen beteiligt war. Das Gericht sah es wegen vieler Widersprüche nicht als erwiesen an, dass der Mann im Staatsauftrag Regimekritiker beseitigt habe, wie der leitende Richter bei der Urteilsverkündung am Donnerstag in St. Gallen ausführte. Es sei möglich, dass der Mann nur seinen Asylantrag positiv beeinflussen wollte. Die Staatsanwaltschaft hatte in dem Prozess vergangene Woche drei Jahre Haft gefordert, zwei davon zur Bewährung. Der Mann hatte in seinem Asylantrag in der Schweiz und in Medien angegeben, Mitglied einer Todesschwadron gewesen zu sein, die 1999 im Staatsauftrag den ehemaligen Innenminister Juri Sacharenko, den Exleiter der Wahlkommission, Wiktor Gontschar, und den Geschäftsmann Anatoli Krassowski entführt und umgebracht hat. Die Männer sind seitdem verschwunden, ihr Schicksal ist offiziell ungeklärt. (dpa/IW)

ANZEIGE

3. Oktober
„Tag der Deutschen Einheit“
Kein Grund zu feiern!
Höchste Zeit für Friedenspolitik!



Demonstration: 3.10.
13.00 Uhr
Auftakt: Außenministerium
(Werderscher Markt)

www.frikoberlin.de

